

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Zingerkassens monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierjährig M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—, Fremdtl. tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Zingierstraße 14, II. Tel. 2405. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expeditions: Dr. Zingierstraße 14. Tel. 1789. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Anzeigen werden die sechsletzte Zeitungsseite mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskongressen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/2 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 125.

Dresden, Dienstag den 3. Juni 1913.

24. Jahrg.

Die Firma Bosch in Stuttgart hat wegen der Arbeitslosigkeit in zwei Abteilungen vierhundert Arbeiter ausgesperrt.

In der französischen Kammer führte die Beratung der Militärvorlage zu erregten Zuständen.

Im Dresdner Stadttheater kam es zu antimilitaristischen Ausgeburgen.

Bei einem Eisenbahnzusammenstoß in der Nähe von Gent wurden 40 Personen verletzt.

Nach dem noch unvollständigen Resultat sind die australischen Wahlen für die Arbeiterpartei ungünstig verlaufen.

Die Wahlen in Australien.

Melbourne, 2. Juni. Die Ergebnisse der Wahlen zum Bundsparlament sind noch unvollständig, aber es deuten bereits Anzeichen darauf hin, daß die Arbeiterpartei im Repräsentantenhaufe merklich abzunehmen wird.

Neber die Bedeutung der australischen Wahlen wird aus London geschrieben: Bei den Wahlen zum australischen Bundsparlament handelt es sich darum, ob die Arbeiterpartei, die seit dem Jahre 1910 die politische Gewalt in dem jüngsten Kontinent unserer Erde ausgeübt hat, sie weiter behalten oder ob die politische Macht ganz oder teilweise wieder den bürgerlichen Parteien zufallen soll. Die Wahlen sind schon deshalb von höchstem Interesse, weil eine Wählerwahl jetzt zum erstenmal ein definitives Arbeiterregime nach seinen Verwirklichungen, sondern nach seinen tatsächlichen Leistungen zu beurteilen hat.

Die gegenwärtige Regierung unter der Leitung Andrew Bickers ist bekanntlich nicht die erste australische Arbeiterregierung. Abgesehen von den verschiedenen gegenwärtigen und früheren Arbeiterregierungen mehrerer australischer Einzelstaaten, herrschten in dem australischen Bund, dem Commonwealth, schon früher zwei Arbeiterregierungen: Die erste im Jahre 1904 unter Watson und die zweite vom Jahre 1908 an unter dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten. Aber in beiden Fällen verließ die Arbeiterpartei über keine eigene Mehrheit in den beiden Häusern des Parlaments, sondern war auf die Unterstützung bürgerlicher Gruppen angewiesen. Eine solche Mehrheit brachten erst die Wahlen von 1910 der Arbeiterpartei: sie hatte bei der Parlamentsauflösung im Unterhause 41 Mandate gegenüber 34 der bürgerlichen Parteien; im Senat 22 gegenüber 14 der Bürgerlichen. Solange die Arbeiterpartei in der Minderheit war, gab es zwei bürgerliche Parteien, die Liberalen und die Konservativen. Seit 1908 sind jedoch beide bürgerlichen Parteien unter dem Namen „Liberaler Partei“ vereinigt. Die liberale Partei machte jetzt die größten Anstrengungen, der Arbeiterpartei eine Anzahl Wahlkreise, namentlich in den ländlichen Distrikten, in denen ein beträchtlicher Teil der Stärke der Arbeiterpartei liegt, zu entreißen. Ein Erfolg dieser Bemühungen würde zunächst die Ausübung des großen Aktionsprogramms der Arbeiterpartei vereiteln, oder die Liberalen nicht in die wirkliche Macht einsetzen. Selbst wenn die Arbeiterpartei in den Wahlen unterliegt, muß sie der maßgebende Faktor in der Politik des Bundes bleiben, denn erstens bliebe ihr noch immer die entscheidende Mehrheit im Senat, und zweitens würden sich die Bürgerlichen auch im Unterhause nicht zu einem der Politik der Arbeiterpartei entgegengelegten positiven Regierungsprogramm vereinigen können.

Die australische Arbeiterpartei ist in ihrer Zusammensetzung und in ihrem Geiste der britischen Arbeiterpartei nicht unähnlich. Sie besteht in der Hauptsache aus Gewerkschaften, doch hat sie auch individuelle Mitglieder. Ihr Programm ist ein in der Form etwas abgeschwächter Sozialismus: „den Produzenten den vollen Ertrag ihres Gewerbesieges zu sichern durch die kollektive Eigentümlichkeit der Monopole und durch die Erweiterung der industriellen und ökonomischen Funktionen des Staates und der Gemeinde“. Die Partei bezeichnet sich nicht offiziell als sozialistische, aber ein großer Teil ihrer Mitglieder und viele ihrer Führer sind Sozialisten, und die verschiedenen Spaltungen der gemäßigten und radikalsten Elemente ringen in ihr um die Oberhand. Außerhalb der Arbeiterpartei steht die Australasian Socialist Party. Sie ist gering an Zahl und Einfluß, bekämpft die Arbeiterpartei als „bürgerlich“ und neigt dem Sozialismus amerikanischen Spielart zu.

Als eine sozialistisch nicht durchgeführte Arbeiterpartei hat die Aufgabe gestellt, die politische Kontrolle eines kapitalistischen Landes zu übernehmen, das mit allen Fasern des alltäglichen Lebens mit einer nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch, kapitalistischen Kultur verknüpft ist, umgekehrt ist die australische Arbeiterpartei in allerlei unruhmwürdige verwickelt. Ihre Hauptaufgabe machte sie sich naturgemäß den weitestgehenden Arbeiterökonomie, die Befreiung der Arbeitermacht gelungenen Monopole und Kräfte und den Ausbau einer demokratischen Steuererhebung. Auf diesen Gebieten hat die Arbeiterpartei dem

auch manches selbst von dem fortwährenden australischen Standpunkt aus Wertvolle geleistet. Aber ihre kühnsten Reformversuche wurden vereitelt, weil sich verfassungserzählige Schwierigkeiten einstellten. Diese galt es nunmehr zu überwinden. Inzwischen aber sah sich die Arbeiterregierung dazu gedrängt, eine Politik zu betreiben, die mit den besonderen Arbeiterinteressen nichts zu tun hat, sondern bloß notwendig sein mag, um eine sichere Grundlage zur künftigen Entwicklung des australischen Kontinents im kapitalistischen Sinne zu fördern. Eine Hauptforderung des Gegenwartsprogramms der Arbeiterpartei ist „ein weißes Australien“, d. h. strengste Fernhaltung farbiger und insbesondere asiatischer Einwanderer. Neher nach als die bestehenden Klassen, die sich mitunter dem Massenimport asiatischer oder schwarzer Lohnarbeiter gern gefällig lassen, wird die Arbeiterpartei Australiens vom Mittelpunkt der gelben Gefahr geplagt: sie fürchtet, daß die europäische Kultur unterliegen müßte, wenn das noch fast unbedeckte Australien den sozialen Turm wimmelsenden Millionen von Asiaten seine Tore öffnete. Sie sieht nicht die Kulturwidrigkeit und Unhaltbarkeit einer Politik, die fast einen ganzen unerschlossenen Kontinent, der förmlich nach Reichthümern schreit und den die weiße Klasse erfarungsgemäß nur im traurigsten Schandenschnitt zu kolonisieren vermag, Millionen von landungsunfähigen, arbeitstüchtigen und entwicklungsunfähigen Menschen, und wenn sie auch gelber Gesichtsfarbe sind, beschließen will.

Derzeitigen maßlosen Angst vor der gelben Gefahr entspringen auch die anderen bedenkliehen Maßregeln der australischen Arbeiterregierung: Die Schaffung einer australischen Kriegsmarine und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die freilich nicht nur angeht, sondern wirklich reinen Dienstleistungen dienen sollen und wohl kaum zu imperialistischen Plänen gebraucht werden können. Selbst das gleichfalls von der Arbeiterregierung unternommene große Staatswerk, der Bau der großen Eisenbahn, die dem Kontinent von Ost nach West durchqueren wird, sowie das noch fähigere Zukunftsprojekt einer Eisenbahn von der Süd- nach der Nordküste, entpringen in erster Linie strategischen Erwägungen.

Der eigentlichen Aufgabe der Arbeiterregierung — großflächiger Ausbau des Arbeiterökonomie, Kampf gegen die Kräfte, Verschärfung der Monopole und anderer Betriebe — machten, wie angedeutet, verfassungsmäßige Hindernisse ein vorläufiges Ende. Das hohe Gericht erklärte diese Maßregeln für verfassungswidrig, weil sie von der Bundesverfassung den Einzelstaaten vorbehalten seien.

Zieht die Arbeiterpartei sowohl bei den Wahlen wie beim Referendum, dann beginnt ein ganz neuer Abschnitt in der Geschichte Australiens und wohl auch in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Unterliegt die Arbeiterpartei in dem einen oder andern oder in beiden Fällen, dann beginnt derselbe Kampf eben von neuem. Für alle Fälle bleiben aber die Arbeiterpartei und die Arbeiterfrage der maßgebende Faktor in der Politik des australischen Kontinents.

Was nun?

Unter dieser Überschrift bringt die Böhmische Volkszeitung einen Artikel, der sich mit der Deckungsfrage beschäftigt. Sie stellt fest, daß man der Lösung der Deckungsfrage nach gar nicht näher gekommen sei, und daß man heute so wenig wie damals wisse, was werden solle und werden werde.

Nicht einmal über den Wehrbeitrag sei man sich einig, ja würden jetzt Bedenken gegen die Multiplikation des Einkommens erhoben, man werde sich vielfach dagegen, daß ein Beamter mit 5000 Mk. Einkommen ebenfalls zum Wehrbeitrag beizutragen habe, wie jemand, der über ein Vermögen von 50000 Mk. verfügt.

Wie aus der von den Blättern mitgeteilten Skala herzugehen, soll nach dem vorläufigen Kompromiß der Wehrbeitrag nicht, wie der Sozialausgleich zuerst meldete, mit 1/2 Proz., sondern mit 1/3 Proz. anfangen. Die Steuer soll dann folgendermaßen gestaffelt werden:

1 v. T. betragen von dem ersten	50 000 Mk.	
5,5	von den Wehrlosen	50 000
4,5	„	100 000
3,5	„	200 000
2,5	„	300 000
1,5	„	500 000
0,5	„	1 000 000
0	„	2 000 000
0	„	5 000 000
0	„	10 000 000
0	„	20 000 000
0	„	50 000 000
0	„	100 000 000
0	„	200 000 000

Jemand, der über ein Einkommen von 5000 Mk. verfügte, hätte demnach nur 1/3 Proz. des jährlichen Betrages von zehntausend, also nur 33 Mk., zu zahlen, eine Summe, die sicher bei einem solchen Einkommen nicht so schwer ins Gewicht fällt. Werden doch die Heute mit einem Einkommen von 5000 Mk. Lange nicht so schwer von den indirekten Steuern betroffen wie die Masse der Proletariat, die oft noch nicht einmal ein Einkommen von 1000 Mk. haben. Übrigens wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn man die indirekten Steuern entlastete, dafür den Reichen mit ganz großen Einkommen oder Vermögen einen noch höheren Wehrbeitrag auferlegte.

Die Böhmische Volkszeitung beschäftigt sich dann auch mit der Frage der Deckung der laufenden Ausgaben. Die Vermögenssteuer, so führt das Zentrumsbüro aus, wollen die Bundesstaaten nicht, und deshalb müsse man damit rechnen, daß doch die von der Linken verlangte Erbschaftsteuer noch komme. Ein klein wenig Hoffnung hat das ultramontane Organ allerdings noch, daß man schließlich auf die eine oder andere Form der veredelten Wahlsteuerbeiträge zurückgreifen werde. Das Blatt deutet dann an, daß ihm eine Vertagung der ganzen Deckungsfrage unter den jetzigen Verhältnissen gar nicht unangenehm wäre. Allerdings ist ihm mit einer Vertagung bis zum Herbst nicht gedient, es wünscht, man sollte dann die Lösung gleich um ein paar Jahre verschieben. Die Böhmische Volkszeitung schreibt:

In gewissen Kreisen pflegt man noch immer die Idee, daß der Reichstag u. a. die Regierung jetzt in diesem Sommer bloß die Anordnungen mit dem einmaligen Wehrbeitrag fertigstellen und im Herbst treten lassen, die Deckung der fortlaufenden Ausgaben dagegen auf den Herbst verschieben möge. Wir glauben nicht, daß der Reichstag in diesem Sinne beschließen würde; wenn man aber schon denartige Verschleppungsgeanken hegt, dann wäre es schließlich noch folgerichtiger, die Deckung bis 1916 oder 1917 zu verschieben, bis zu dem Zeitpunkt, wo die fortlaufenden Ausgaben erst in ihrem vollen Umfang abgeklärt werden. Für eine Verschiebung bis dahin könnte man dann wenigstens noch als plausible Grund angeben, daß man die Entwicklung unserer Reichsfinanzien bis dahin besser übersehen könne als heute. Im übrigen kann man sich darüber keinen Augenblick einer Zustimmung hingeben, daß bei einer eventuellen Verschlebung der Deckungsfrage auf den nächsten Herbst die Sozialdemokratie es ist, die die Steuerentlastungen, die Art der Steuer diktiert. Es ist dann noch fraglich, ob die Nationalisten z. B. eine Erbschaftsteuer annehmbar finden, bei der Hofmann bloß die Heberpflicht, Erbeutung den Inhalt des Wehrgesetz diktiert hat.

Die Auslassungen der Böhmischen Volkszeitung zeigen, wie fatal die ganze Lage den Zentrumsläuten ist; erst haben sie mit am lautesten geschrien, Wehr- und Deckungsvorlagen müssen gleichzeitig geregelt werden, und jetzt deuten sie an, daß ihnen eine Verschiebung der ganzen Deckungsfrage gar nicht so unangenehm wäre. Schließlich fordert die Böhmische Volkszeitung die Regierung auf, doch endlich einmal klar zu sagen, was sie eigentlich wollte, ob sie im Reichsvermögenssteuer unbedingt abzielen und ob sie eventuell eine Erbschaftsteuer aus den „Händen der Sozialdemokratie“ annehmen werde. Es ist allerdings dringend nötig, daß die Regierung klar und deutlich erklärt, was sie zu tun gedenkt. Hält sie an ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Vermögenssteuer fest, so bliebe die Annahme eines Erbschaftsteuererlasses als einfachste und glatteste Lösung der Deckungsfrage.

Die Militärvorlage in der französischen Kammer.

Paris, 2. Juni. Heute fand in der Kammer die erste Beratung der Militärvorlage statt. Deschanel präsidierte in der Sitzung. In den Wandelgängen herrschte reges Treiben. Die Abgeordneten diskutierten die Vorlage lebhaft. Nach Öffnung der Sitzung erhielt als erster Redner der Vorsitzende der parlamentarischen Armee-Kommission, Perrier, das Wort, der die Gründe vorlegte, warum die Kommission sich dem Vorschlage der Regierung angeschlossen hat. Er sagte:

Das gegenwärtige Gesetz habe dem Lande nur 500 000 Mann gegeben. Diese Zahl sei ungenügend, da Deutschland seine Effektstärke am 1. Oktober d. J. auf 863 000 Mann bringen werde. Die Regierung beantragt, daß die französischen Truppen um 30 000 bis 30 000 Mann erhöht werden; andererseits würden die im Kriegsjahre 1:2 kämpfen müssen. Man kann diese Truppen nicht aus dem Innern des Landes entnehmen, da die Rekruten im Innern zu schwach seien. Würde man sie nach Schlesien schaffen, dann würden sie desorganisiert. Man hat davon gesprochen, alle in den Verwaltungsbüros und bei der Militärarbeit (Konstruktion) beschäftigten Soldaten dem aktiven Heere zuzuführen. Auch dies ist unmöglich, da alsdann diese Arbeiter durch Heilspferven ausgeführt werden müßten und diese Ausgaben hätte der Budget nicht tragen. Man könnte sagen, daß die französische Armee von Dezember bis März vollständig desorganisiert sei. Man könnte sogar noch weitergehen und behaupten, daß die französischen Truppen nahezu nicht mehr existieren und daß die britischen Überlegenheit nicht mehr da sind. Frankreich müsse unbedingt 155 000 Mann mehr haben, und zwar 80 000 bis 90 000 Mann Bedienungsmann und 50 000 bis 60 000 Mann für das Innere des Landes, um auf der Höhe zu stehen. Er, Perrier, habe das Unglück von 1871 angesehen und er wolle nicht, daß es mit Frankreich ein zweites Mal so weit komme. Die Kommission habe deshalb schweren Herzens die 157 000 Mann (Minderzahl auf der äußersten Linken, lebhafter Beifall im Zentrum und auf verschiedenen anderen Punkten.) Der deutsche Reichskanzler hat gesagt:

Ich muß den Ihnen diese Verhältnisse veranlagen, denn wenn wir morgen Krieg führen müssen, so müssen wir siegen.

Ich erinnere Ihnen mit bescheidenen Worten. (Beifall im Zentrum und auf verschiedenen anderen Punkten.) Der Reichskanzler legte die Angaben des Reichstagsrats auseinander und sagte dazu: In dieser Frage vertritt die Partei die Politik, nur das Interesse der Nation bleibt; dies Gesetz kann nicht das Ziel einer Partei sein, denn es geht nur um das Vaterland, um dessen Sicherheit und Größe.

Die Arbeiterpartei hat...

Die Arbeiterpartei hat...

Die Arbeiterpartei hat...